

EU-Parlament stimmt für Sanierungszwang – und einen großen Nachteil für die Deutschen

Welt, 16.03.2023, Beutelsbacher, Stefan

https://www.welt.de/wirtschaft/plus244180089/EU-plant-Zwang-zur-Sanierung-und-einen-grossen-Nachteil-fuer-die-Deutschen.html?sc_src=email_3991181&sc_lid=405605072&sc_uid=9b9AoAfTYB&sc_lid=6533&sc_cid=3991181&cid=email.crm.redaktion.newsletter.wirtschaft&sc_eh=94c824e22aa172ca1

Die EU-Kommission will Eigentümer in ganz Europa dazu bringen, ihre Häuser und Wohnungen zu sanieren. Jetzt hat das Parlament zugestimmt. Robert Habeck dürfte es ebenfalls bald tun, auch wenn das Gesetz Deutschland genauso bestraft wie Sanierungsmuffel in Südeuropa.

Millionen Eigenheimbesitzer in Europa sollen schon bald ihre Fenster austauschen, Solaranlagen auf ihre Dächer schrauben und ihre Fassaden besser dämmen. So fordert es die Europäische Kommission in einem Richtlinienentwurf. Alle Häuser und Wohnungen auf dem Kontinent, heißt es in dem Dokument, müssen künftig einen bestimmten Energiestandard erreichen. Das würde für viele Gebäude nichts weniger bedeuten als eine Zwangssanierung.

Jetzt wurde die nächste Hürde auf dem Weg zur Durchsetzung dieses Vorhabens genommen. Das EU-Parlament hat für strengere Anforderungen an die Energieeffizienz von Gebäuden gestimmt. Zudem sprachen sich die Abgeordneten am Dienstag mit 343 Stimmen dafür, 216 dagegen und 78 Enthaltungen dafür aus, dass ab 2028 nur noch Häuser gebaut werden sollen, durch die quasi keine zusätzlichen Treibhausgase ausgestoßen werden. Damit haben die Abgeordneten den Weg für Verhandlungen mit den EU-Staaten über das Vorhaben frei gemacht. Die nationalen Regierungen hatten sich schon im Oktober auf ihre Position geeinigt.

Bis 2030 müssen Wohngebäude dem Vorschlag der EU-Kommission zufolge mindestens die Energieklasse E erreichen, bis 2033 sogar D. Der Plan ist Teil des sogenannten Green Deal, also des Vorhabens Europas, in weniger als drei Jahrzehnten ein klimaneutraler Kontinent zu sein. Gebäude spielen dabei eine wichtige Rolle. Sie sind für 40 Prozent des Energieverbrauchs in der EU verantwortlich, wie Daten der Kommission zeigen.

Das Problem aus Sicht der Brüsseler Behörde ist: Jedes dritte Gebäude in Europa ist älter als 50 Jahre. Und drei Viertel sind schlecht isoliert. In Ländern des Nordens entweicht während der Wintermonate Wärme, im Süden während der Sommermonate die kühle Luft, die aus Klimaanlage strömt. All das soll sich mit dem Richtlinienentwurf – 126 eng bedruckte Seiten – ändern. Die EU hofft, so den Klimawandel zu verlangsamen.

Brüssel will den Gebäudebestand des Kontinents sanieren, all die baufälligen und undichten Häuser auf Vordermann bringen, und das mit hoher Dringlichkeit. Eines Tages, so die Vision von Kommission, Parlament und Mitgliedstaaten, sollen nur noch Häuser und Wohnungen entstehen, die keine Emissionen verursachen. Doch der Weg dorthin ist hart. Vor allem für die Bürger.

„Es gibt in Europa einen gewaltigen Sanierungsbedarf“, sagt die Industriepolitikerin Angelika Niebler aus der christdemokratischen EVP-Fraktion im EU-Parlament zu WELT. „Aber die geplante Richtlinie schießt über das Ziel hinaus.“ Man könne es vielen Bürgern nicht zumuten, so schnell so drastische Veränderungen an ihren Häusern oder Wohnungen vornehmen zu müssen. Vor allem in einer Zeit, in der die Preise hoch und die Handwerker knapp seien. „Eine Zwangssanierung vorzuschreiben ist der falsche Weg“, meint Niebler. „Das ist reine Planwirtschaft.“

Wie genau soll das funktionieren? Der Entwurf der Kommission sieht vor, dass die Mitgliedstaaten jene 15 Prozent ihrer Gebäude, die am schlechtesten isoliert sind, als Klasse G definieren – also als unterste Kategorie. Die anderen Häuser und Wohnungen sollen dann auf die übrigen Klassen F bis A verteilt werden.

Es handelt sich also um eine relative Einteilung. Die EU will keine starren, europaweit gültigen Zielwerte festlegen, etwa für den Energieverbrauch in Kilowattstunden pro Quadratmeter. Stattdessen orientieren sich die Klassen am Zustand der anderen Gebäude in dem jeweiligen Land.

Für Staaten wie Italien, Spanien und Griechenland ist das eine große Hilfe. Denn dort ist die Dämmung oft viel schlechter als zum Beispiel in Deutschland, der Sanierungsbedarf also deutlich höher. Und es wäre unrealistisch, alle Häuser Griechenlands in den kommenden zehn Jahren auf eine Klasse D nach deutschen Maßstäben zu bringen.

Für Deutschland, wo schon viel saniert wurde, ist die relative Einteilung hingegen nachteilig. Denn sie bedeutet, dass jene Staaten, die sich in der Vergangenheit angestrengt haben, nun noch mehr tun müssen. Schließlich stehen ihre ineffizientesten 15 Prozent bereits – vergleichsweise – gut da.

Nach der Entscheidung des EU-Parlaments müssen später dann noch die Minister der Mitgliedstaaten entscheiden. In Deutschland ist das Robert Habeck (Grüne), ein Befürworter der Sanierungspflicht. Es spricht also viel dafür, dass die Richtlinie kommt. In Deutschland, schätzen Experten, werden rund sechs Millionen Wohngebäude betroffen sein.

Das Parlament hatte die Standards zuletzt verschärft. Im ersten Entwurf der Kommission aus dem Jahr 2021 hieß es, Wohngebäude sollten zunächst die Klasse F erreichen, später dann E. Die Abgeordneten hoben das im Februar um jeweils eine Stufe nach oben. Und die Kommission schrieb die schärferen Werte dann in ihren Richtlinienentwurf.

Zudem wird es nach dem Willen der Kommission für neue Wohngebäude ab 2028 eine Pflicht zur Installation von Fotovoltaikanlagen geben, wo es technisch möglich und wirtschaftlich ist. Bis 2032 soll das auch für bestehende Wohngebäude gelten, die umfassend modernisiert werden. Europa, so der Traum der Brüsseler Behörde, soll zu einem Kontinent der Solarzellen werden.

Auch für öffentliche und kommerzielle Gebäude dürfte es bald strenge Regeln geben. Sie sollen die Energieklassen E und D erreichen, aber jeweils drei Jahre früher als Wohnhäuser. Zudem ist geplant, dass alle neuen sogenannten

Nichtwohngebäude – Rathäuser, Supermärkte, Büroblöcke – pro fünf Parkplätzen mindestens eine Ladesäule für Elektroautos aufstellen.

Und dann müssen sie dem Richtlinienentwurf zufolge noch wenigstens 15 Prozent des Parkplatzes Fahrrädern zur Verfügung stellen. Alles mit dem Ziel, Europa grüner zu machen.

„Das ist wohlgemeint“, sagt die EVP-Politikerin Niebler, „aber die Kleinteiligkeit führt zu weit.“ Für Niebler ist die geplante Richtlinie aus Brüssel ein klarer Fall von Überregulierung. Viele deutsche Eigenheimbesitzer dürften es ähnlich sehen.